

Die Universität

Elfenbeinturm, Wissensfabrik oder Ort kritischer Theoriebildung?

Was eigentlich sind Universitäten? Bildungsstätten, Qualifikationsfabriken, soziale Ausleseapparate, Elfenbeintürme, Forschungseinrichtungen, Ansammlungen ideologieproduzierender Kopflanger – oder vielleicht doch Orte kritischer Theoriebildung? Im Prinzip sind sie ein wenig von alledem. Ihr konkreter Charakter und ihre gesellschaftliche Stellung waren umkämpft, seit es sie gibt. Allerdings hat in der Geschichte ihr herrschaftskonformer Charakter dominiert. Immerhin wurden sie zunächst vor allem dazu eingerichtet, das Personal für die fürstliche Herrschaft zu schulen. Daran hat sich nicht sehr viel geändert, wenn auch die Herrschaftsverhältnisse und damit die entsprechenden Qualifikations- und Habitusanforderungen vielfältiger geworden sind. Für Karl Marx z. B., der sicher einer der wichtigsten und originellsten Wissenschaftler war, blieb die Universität bekanntlich verschlossen, und das als Hort kritischer Theorie geltende Institut für Sozialforschung wurde von der Frankfurter Alma Mater eher widerwillig als externes und stiftungsfinanziertes Stiefkind akzeptiert.

Wenn heute darüber diskutiert wird, ob Universitäten ein Ort kritischer Theorieproduktion sein könnten oder sollten, so ist dies nicht zuletzt eine Reminiszenz an die sechziger Jahre und die studentische Protestbewegung, also an eine Zeit, in der auf Druck von Studierenden und angesichts vehementer ökonomischer und gesellschaftlicher Umbrüche für eine kurze Zeit tatsächlich zuvor ausgeschlossene kritische Theoriediskussionen Einzug in einige wenige Fakultäten und Fachbereiche halten konnten. Die Universitäten, die ihre klägliche Rolle vor und im Nationalsozialismus einfach mit Schweigen übergegangen hatten, gerieten durch diese Entwicklungen unter einigen Legitimationsdruck und der Staat machte sich daran, ihrer inneren Organisation ein paar demokratische Versatzstücke zu verpassen und sie angesichts des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften als Qualifikationsfabriken auszubauen. Dadurch veränderte sich die Institution, deren innere Struktur seit dem 19. Jahrhundert weitgehend gleich geblieben war. Gleichzeitig wurde aber auch die Gefahr ausgemacht, die Hochschulen könnten durch zu viel Demokratisierung und eine mehr als nur quantitative Öffnung herrschaftstechnisch aus dem Ruder lau-

fen. Darauf wurde mit gezielten organisatorischen und personalpolitischen Eingriffen bis hin zu formellen Berufsverboten reagiert. Im Übrigen bereiteten eine strategisch herbeigeführte »Überlast«-Öffnung für eine wachsende Zahl von Studierwilligen bei gleichzeitig stagnierender Finanzausstattung – und bürokratische Alltagsroutine den kleinen Aufbrüchen bald wieder ein Ende. Ein massives professorales Rollback setzte ein und Mitbestimmungsmöglichkeiten wurden wieder gekappt. Soweit »Marx«, dem bekannten Slogan folgend, es ein Stück weit an die Uni geschafft hatte, verirrt sich seine und anderer kritischer Theorien Anhänger_innen bald wieder in den verschlungenen Pfaden der Institution. Oppositionelle theoretische und politische Ansätze wurden eingebunden, angepasst und zahnlos gemacht. Das Abflauen der studentischen Protestbewegung spielte dabei eine wichtige Rolle. Diejenigen, die zum »Marsch durch die Institutionen« angetreten waren, mussten erleben, dass umgekehrt die Institutionen durch einen selbst hindurchmarschieren können.

Um ein Beispiel für diese Entwicklung anzuführen: Die politische und ökonomische Krise in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, das Ende des »CDU-Staats« und der Regierungseintritt der SPD im Rahmen der großen Koalition machten die autoritäre »Transformation der Demokratie« (Agnoli) zu einem wichtigen Thema. Die 1969 folgende Regierungsübernahme der SPD/FDP-Koalition und die angekündigte Reformpolitik wurden als Versuch einer Wiedereinbindung der außerparlamentarischen Opposition in das herrschende System betrachtet. Aus der Kritik an der »Sozialstaatsillusion« entstanden Ansätze für eine Weiterentwicklung der materialistischen Staatstheorie in Gestalt der sogenannten »Staatsableitungsdebatte«. Der Versuch, Staatstheorie mit der von Marx entwickelten Analyse der kapitalistischen sozialen Form zu verbinden, war zweifelsohne ein theoretischer Fortschritt. Diese Anstrengungen »akademisierten« sich aber im Fortgang in der Weise, dass der Bezug zu sozialen Konflikten und Bewegungen immer mehr verloren ging und die Theoriebildung eher als Selbstzweck sowie als Vehikel akademischer Profilierungsbemühungen erschien. Es entstand ein akademisierter Marxismus, der seinen kritischen Stachel einzubüßen drohte. Erst einige Zeit später kam es zu einer Orientierung an den unter ganz anderen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen entwickelten französischen und italienischen Diskussionen, zur Verbindung staatstheoretischer Überlegungen mit aktuellen sozialen Bewegungen und Klassenkämpfen sowie zu Untersuchungen über die Transformation des Staates angesichts stattfindender gesellschaftlicher Umbrüche. Dies geschah indessen in einer Phase, in der Teile der auf die studentische Protestbewegung folgenden »neuen sozialen Bewegungen« sich unter Vermittlung der grünen Partei wieder an staatlicher Reformpolitik orientierten. Für eine Kritik der »Sozialstaatsillusion« blieb dadurch kaum noch Platz.

Seither hat sich einiges verändert. Begriffe wie »Bildung« oder »Demokratisierung« spielen in der wieder angelaufenen Umstrukturierung der Hochschulen überhaupt keine Rolle mehr. Die Universitäten gelten

eher als strategischer Ansatzpunkt für die Durchsetzung der sogenannten Wissensgesellschaft. Die Konjunktur dieses Begriffs ist der Tatsache geschuldet, dass der neoliberal transformierte Kapitalismus in erheblichem Maße »wissensbasiert« ist. Der Produktions- und Zirkulationsprozess stützt sich immer stärker auf systematisch erzeugte Forschung und Entwicklung. Wissenschaft und Qualifikation sind zu wichtigen Faktoren in der ökonomischen Standortkonkurrenz geworden. »Wissen« wird in verstärktem Umfang zu einer Ware und die Hochschulen gelten als Dienstleistungsbetriebe, die diese möglichst passgenau zu liefern haben. Auf einem sich internationalisierenden Ausbildungsmarkt wird ihr Qualifikationsangebot zu einem wesentlichen Bestandteil des grenzüberschreitenden Dienstleistungshandels. Dementsprechend erscheint die Einführung von Studiengebühren als ebenso konsequent wie die internationale Vereinheitlichung der Abschlüsse. Die Sozialwissenschaften haben sich dieser Entwicklung angepasst und begreifen sich verstärkt als Beratungs- und Legitimationswissenschaft, die wenig Interesse zeigt, strukturelle Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zu hinterfragen.

Die mit Begriffen wie »Effizienz«, »Kompetenz«, »Exzellenz« oder »Wettbewerb« legitimierte Durchökonomisierung der Hochschulen dient dem Zweck, sie zu nach betriebswirtschaftlichen Kriterien gemanagten Forschungs- und Qualifikationsunternehmen mit standortoptimalen Produktionsverfahren umzubauen. Nicht unmittelbar ökonomisch Brauchbares, »Bildung« oder die bestehenden Verhältnisse in Frage stellendes kritisches Wissen erscheinen als unproduktiver Ballast und fallen den ausufernden betriebswirtschaftlichen Rationalisierungs- und Steuerungsbemühungen zum Opfer. Es kommt zu einer starken Hierarchisierung der Studiengänge und Abschlüsse, die das Ziel hat, die Qualifizierung von »Rezeptemachern« und »Rezepteanwendern« systematisch auszudifferenzieren. Personalrekrutierung und -sozialisation folgen dieser Funktionsbestimmung und offene politische Berufsverbote werden dadurch überflüssig. Dies auch deshalb, weil die Re-Hierarchisierung der inneren Struktur mit der dominierenden Stellung der sich als Dienstleistungsmanager verstehenden Präsidenten der Personalpolitik der immer noch sogenannten universitären »Selbstverwaltung« außerordentlich enge Grenzen setzt. Wissenschaft und Bildung verlieren ihre eigenständige Bedeutung und werden zur verwertbaren Ware. Die Folge ist, dass »Wissensgesellschaft« ein Synonym für einen fortschreitenden Verlust von Wissen der Gesellschaft über sich selbst geworden ist. Der Begriff steht für einen Prozess strategischer gesellschaftlicher Verdummung.

In den siebziger Jahren habe ich in der Frankfurter Universität ein Seminar veranstaltet, das den Titel »Die Universität als ideologischer Staatsapparat« trug. Heute wirkte eine solche Benennung etwas eigentümlich und brächte einem auf jeden Fall das Risiko ein, mit dem Argument wissenschaftlicher Einseitigkeit zum Objekt präsidialer Eingriffe zu werden. Namensgeberin und theoretischer Hintergrund war Louis Althusser's Schrift »Ideologie und ideologische Staatsapparat«.

parate«, die damals in studentischen Kreisen stark diskutiert wurde. Sie lenkt den Blick auf die Tatsache, dass die Universität ein Teil der staatlichen Herrschaftsapparatur ist und die Institutionalisierung eines Systems von Praktiken darstellt, die zur Erzeugung und Reproduktion der herrschenden Ideologie dienen. Als »Ideologie« wird dabei nicht einfach Trug und falsches Bewusstsein bezeichnet, sondern eine spezifisch verzerrte Wahrnehmung, die in materiellen Praktiken wurzelt. Dazu gehört nicht nur, dass die Universität als Staatsapparat von staatlicher Finanzierung abhängig ist und dass die jeweilige Regierung einen bestimmten Einfluss auf die Personalrekrutierung, auf Organisationsstrukturen und Verfahren hat. Neben staatlicher Kontrolle und Überwachung sind es die wissenschaftlichen Praktiken selbst, die diese Herrschaftskonformität erzeugen: die relativ verselbständigte und sehr selektiv auf gesellschaftliche Verhältnisse bezogene Form der Wissensproduktion, bürokratische Verfahrensweisen, die Rekrutierungsmodi des Personals, Konkurrenz- und Reputationsmechanismen, die Anpassung an das belohnen, was jeweils den akademischen Mainstream darstellt. Dies alles sorgt tendenziell für eine Normalisierung der Lehr- und Forschungsinhalte. Das Personal teilt sich auf in Wissenschaftsverwalter und an diversen Märkten orientierte Wissenschaftsunternehmer. Abweichung, Intellektualität und Originalität werden eher ungerne gesehen und sind jedenfalls kaum karrierefördernd.

Freilich geht das nicht ganz widerspruchsfrei ab und Althusser wurde gerade in dieser Beziehung auch kritisiert. Sucht man nach einem anderen gesellschaftstheoretischen Zugang, stößt man auf Antonio Gramsci und dessen Konzeption von Zivilgesellschaft als Teil des »erweiterten Staates«. Gramsci hat argumentiert, dass kapitalistische (Klassen-) Herrschaft immer als Einheit von Zwang und Konsens zu verstehen sei. Der vom Staat exekutierte Zwang wird ergänzt durch die Schaffung eines hegemonialen Konsenses, dessen Ursprung wesentlich in der »società civile« zu suchen ist. Dies ist das Feld der privaten Vereinigungen, der Medien, der kulturellen Institutionen und wissenschaftlichen Vereinigungen, der Intellektuellenzirkel, Religionsgemeinschaften, der Schulen und Universitäten. Die Universität ist, so gesehen, eben nicht nur Staatsapparat, sondern auch Teil der Zivilgesellschaft oder des »erweiterten Staates«. Deren Kennzeichen ist, dass hier relativ freie und unabhängige theoretische und politische Diskussionen und Auseinandersetzungen grundsätzlich möglich sind. Anders würde Hegemonieproduktion schlecht funktionieren. Allerdings unterliegt auch die Zivilgesellschaft staatlichen Eingriffen, z. B. in Form spezifischer Zensurmaßnahmen oder selektiver Finanzierungsverfahren, und sie ist von ökonomischen Machtverhältnissen durchzogen. Dies sorgt dafür, dass sie in der Regel das Feld ist, auf dem die herrschende Hegemonie als ein Komplex von wissenschaftlichen und alltagspraktischen Vorstellungen von der »richtigen« Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse erzeugt und reproduziert wird. Zugleich ist sie aber auch ein Kampffeld, auf dem alternative hegemoniale Konzepte entwickelt werden können. Dies allerdings hat einige Voraussetzungen. Ihre Stunde schlägt in der

Regel in Perioden politisch-gesellschaftlicher und hegemonialer Krisen.

Ein Blick auf die Geschichte macht diesen Zusammenhang deutlich. Die Humboldtschen Reformen am Beginn des 19. Jahrhunderts, denen die deutsche Universität ihre spezifische Gestalt verdankte, waren eine Reaktion auf den Zusammenbruch des preußischen Staates nach der französischen Revolution und in den napoleonischen Kriegen. Sie waren Bestandteil einer Revolution von oben, die das Ziel hatte, die rückständige deutsche Gesellschaft zu modernisieren und auf die Höhe der entwickelteren westeuropäischen zu bringen. Diese Modernisierung war zwar ökonomisch-technisch, aber kaum ideologisch und politisch erfolgreich. Die auf die Niederlage Napoleons folgende Restauration ließ dafür keinen Raum. Der gesellschaftliche Aufbruch des Vormärz wurde erfolgreich unterdrückt. Für lange Zeit blieben die Universitäten Stützpfiler konservativer Herrschaft. Wenn dies einmal in Frage gestellt wurde, zum Beispiel im Fall der »Göttinger Sieben«, griff die Staatsmacht mit Berufsverboten ein und eröffnete damit eine spezifische deutsche Tradition. Vom Zusammenbruch des Kaiserreichs und der Revolution von 1918 blieben die Universitäten weitgehend unberührt. Ende der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts kam es unter dem Druck sich abzeichnender kapitalistischer Krisen und der studentischen Protestbewegung zu erneuten gesellschaftlich-politischen Umbrüchen. Die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Zentren verschärfte sich und die bis dahin die Weltverhältnisse bestimmende Hegemonie der USA kam nicht zuletzt durch den Vietnamkrieg ins Wanken. Dadurch geriet das festgefügte Parteiensystem der Nachkriegsära aus den Fugen und die erste große Koalition von CDU/CSU/SPD übernahm die Regierung. Es waren nicht zuletzt diese Entwicklungen, die der studentischen Protestbewegung Auftrieb gaben und diese hat nicht nur die Universitäten, sondern die Gesellschaft insgesamt erheblich verändert.

Die immer noch vorhandene quasifeudale Struktur wurde durch die bürokratische Massen- und Gremienuniversität ersetzt. Genau genommen handelte es sich um eine Anpassung der Hochschulorganisation an die Bedingungen des fordistischen Kapitalismus, der sich in der Nachkriegszeit etabliert hatte. Dies geschah allerdings zu einer Zeit, als dieser selbst schon wieder in die Krise geriet. Eine Folge dieser Krise war die Ende der siebziger Jahre einsetzende, als »Globalisierung« bezeichnete neoliberale Restrukturierung des Kapitalismus. Wieder mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung setzten die Ökonomisierung der Hochschulen und ihre Transformation zum wissenschaftlichen und qualifikatorischen Dienstleistungsbetrieb ein. Diese Anpassung an das neoliberale Regime erleben wir derzeit.

Der Blick auf die Geschichte zeigt, dass die herrschaftsstabilisierende Funktion der Universitäten am ehesten dann herausgefordert wird, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse krisenhaft in Bewegung geraten, die bestehenden politischen Machtverhältnisse in Frage gestellt werden und Auseinandersetzungen um Hegemonie ausbrechen. Entscheidend ist dabei die Stärke und der Charakter sich entwickelnder sozialer Bewegungen. Radikale soziale Bewegungen bringen



auch die universitären Verhältnisse zum Tanzen. Fehlen sie, eröffnet dies den Raum für herrschaftskonforme Anpassungen, sozusagen passiver Revolutionierungen in der Weise, wie es derzeit der Fall ist.

Was folgt daraus für die Hochschul- und Wissenschaftspolitik allgemein und kritische Theoriebildung insbesondere? Aussagen darüber setzen eine genauere Analyse der Strukturen, Kräfteverhältnisse und Entwicklungen nicht nur in den Universitäten, sondern in der Gesellschaft insgesamt voraus. Es ist erstaunlich, wie wenig Aufmerksamkeit die sich als kritisch verstehenden Hochschulangehörigen in den letzten Jahren diesem für sie doch zentralen Fragenkomplex gewidmet haben. Die Beschäftigung mit der Hochschule und der Hochschulpolitik ist eher zu einer Angelegenheit einiger einschlägig Spezialisierter geworden. In den Sechzigern bis Anfang der siebziger Jahre war dies noch anders. Damals hatte der Kampf in und um die Universität einen zentralen Stellenwert. Später verlor die Universität als politischer Bezugspunkt an Bedeutung. Andere politische Praxisfelder wurden wichtiger. Für die Masse der heutigen Studierenden stellt sie keine politische Herausforderung mehr dar. Der damals noch bekämpfte tausendjährige Muff unter den Talaren ist beseitigt und wurde durch einen ordinär-bürokratischen ersetzt. Die Hochschulen werden eher als – in der Regel eher schlecht funktionierende – Dienstleistungsbetriebe wahrgenommen. Dies ist deshalb problematisch, weil damit ein wichtiges Feld hegemonialer Auseinandersetzungen praktisch geräumt wurde.

Hochschulpolitik ist ein weites und überaus komplexes Feld. Ich beschränke mich hier auf einige sich aus den vorstehenden Überlegungen ergebende Punkte, die für eine vielleicht mögliche (Re-)Etablierung kritischer Wissenschaft bedeutsam erscheinen.

Erstens bedarf es einer systematischen Reflexion des Verhältnisses von Wissenschaftsproduktion und Gesellschaft, des widersprüchlichen Charakters von Wissenschaft als Machtdispositiv und Aufklärungspotential und einer Analyse der Formen, in denen dieser



Widerspruch in den konkreten Praktiken des Wissenschaftsbetriebs zum Ausdruck kommt. Dieser Widerspruch ergibt sich daraus, dass Wissenschaft und Ausbildung sich niemals völlig ökonomisch und herrschaftstechnisch funktionalisieren lassen, ohne auch in diesem Sinne dysfunktional zu werden. Die Analyse des Zusammenhangs zwischen institutionel-

ler Praxis und Inhalt von Wissenschaft ist eine grundlegende Voraussetzung kritischer Theoriebildung.

Zweitens ist die Universität in ihrer konkreten Funktion und Bedeutung wesentlich ein Produkt der herrschenden sozialen Strukturen und politischen Machtverhältnisse, in diesem Sinne eben ein »ideologischer Staatsapparat«. Es ist deshalb illusorisch, sie als Angelpunkt gesellschaftlicher Veränderungen begreifen zu wollen. Dies war wohl eine der folgenreichsten Fehleinschätzungen der universitären Linken in den sechziger und siebziger Jahren. Wesentliche inhaltliche und organisatorische Veränderungen des universitären Wissenschaftsbetriebs werden ganz wesentlich von außen, durch soziale Bewegungen und gesellschaftliche Umbruchprozesse ausgelöst. Deshalb ist dieses Feld – soziale Bewegungen, Kräfteverhältnisse und Konflikte – entscheidend für die Bedingungen und Möglichkeiten universitärer Politik. Kritische Theoriebildung muss scheitern, wenn sie sich nicht daran praktisch orientiert. Ein wichtiger Ansatzpunkt für Hochschulpolitik liegt daher außerhalb der Universität. Entscheidend ist die Verbindung von universitärer Wissensproduktion mit Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik.

Universitäre Kämpfe müssen mit weiterreichenden gesellschaftlichen Initiativen verbunden sein. Kritische Wissenschaftspolitik ist immer zugleich umfassendere Gesellschaftspolitik. Die Universität ist ein Kampffeld, in dem gesellschaftliche Widersprüche und Konflikte sich in spezifischer Weise ausdrücken und vorangetrieben werden. Das bedeutet, dass es in den Hochschulen nicht nur immer Ansatzpunkte für kritische Wissenschaft und Theoriebildung geben wird, sondern dass sie ein gesamtpolitisch wichtiges Terrain sind und bleiben.



Drittens ist für die Entwicklung kritischer Theorie von zentraler Bedeutung, dass die praktischen Erfahrungen von Bewegungen und alternativen gesellschaftlich-politischen Projekten in die Wissensproduktion einfließen. Das ist kein Plädoyer für akademischen Avantgardismus und Rezeptmacherei, sondern zielt darauf, dass die Hochschulen ein Ort der Erfahrungsverarbeitung sind, der die Tradierung von Wissen und komplexere Analysen ermöglicht, die für die Entwicklung sozialer Bewegungen von großer Bedeutung sind. Kritische Theoriebildung im Elfenbeinturm hat klare Grenzen. Ihre Verbindung mit oppositionellen und emanzipativen sozialen Kräften ist unabdingbar.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen wird die Frage diskutiert, ob die Universität überhaupt noch als wissenschaftlich-theoretisches Kampffeld verstanden werden kann und ob es nicht ein sinnvollerer Weg ist, kritische Wissenschaft – in welcher Form auch immer – außerhalb zu betreiben. Es gibt jedoch keine Alternative zwischen inner- und außeruniversitärer wissenschaftlicher Praxis. Beide müssen – je nach den herrschenden Bedingungen und Kräfteverhältnissen – miteinander verbunden werden. Es wäre ein Fehler, die Universität nur als materielle Ressource und reproduktionssichernde Arbeitsstätte zu verstehen. Angesichts der aktuellen Umstrukturierung der Hochschulen ist allerdings die Entwicklung und Stärkung eines von ihnen sowohl finanziell als auch organisatorisch unabhängigen Felds von Wissenschaftsproduktion und auch Lehre von besonderer Bedeutung. Die universitäre Wissensproduktion wird sich nur dann verändern, wenn sie mit den theoretischen und konzeptionellen Entwicklungen unabhängiger Wissenschaft und Forschung konfrontiert wird. Der Kampf um Hegemonie bedürfte einer grundsätzlichen Neubestimmung des Verhältnisses von universitärer und außeruniversitärer Wissenschaftspraxis. Angesichts der immer noch vorhandenen relativen Schwäche radikal-oppositioneller politisch-sozialer Bewegungen und einer einigermaßen zersplitterten Linken ist dies nicht einfach. Es ist aber die Vermutung angebracht, dass die (Weiter-) Entwicklung kritischer Theorie und Wissenschaft an den Universitäten entscheidend davon abhängt, dass es gelingt, unabhängige wissenschaftliche Netzwerke zu schaffen, die nicht unmittelbar den Mechanismen des »ideologischen Staatsapparats Universität« unterworfen sind und die es möglich machen, die in ihm ruhenden Vereinzelungs-, Konkurrenz- und Spaltungseffekte aufzuheben.

Joachim Hirsch

* *

Dieser Text erschien erstmalig im April 2007 in: Oliver Brüchert, Alexander Wagner (Hg.), *Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven kritischer Theorie*. Wir danken herzlich für die Nachdruck-erlaubnis.